Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austragestellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 302. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 29. Dezember 1928

Ungelegte Eier.

Erwartungen und Enttäuschungen. — Der vergiftete Pfeil. Im Osten. — Und der Anschluß? — Sehr viel schuldig.

Eine nette Erbschaft wird es sein, die das neu heraufziehende Jahr von seinem Vorgänger, dessen Schlußrechnung die Zeitbetrachter jetzt allenthalben machen, zu übernehmen haben wird. Eine Vorbelastung mit ungelegten Eiern, die durchaus — und ach, wie lange schon — zur Welt gebracht sein wollen und doch aus dem Mutterschoß der Zeiten sich gar nicht für dieses irdische Dasein befreien können. Wir finden keine Ruhe und werden zwischen Erwartungen und Enttäuschungen, zwischen Einbildungen und Narreteiungen ständig hin- und hergeworfen, und immer wieder sollen wir von neuem anfangen, zu hoffen und zu glauben, daß der Prozeß des Werdens und Wachsens, dessen sehnsüchtige Zeugen wir sind, sich endlich vollenden werde — und nun werden wir doch die Schwelle des neuen Jahres überschreiten müssen, ohne irgendeine der Erfüllungen zu sehen, die wir gern schon dem Jahrgang 1928 gutgeschrieben hätten. Ein ungeheurer Betrieb war es, aus dem wir kommen, und im Grunde doch nichts weiter als ein betrüblicher Leerlauf, der dem Jahrgang 1929 so gut wie gar keinen Ertrag zu überliefern hat.

*

Wir dachten, um nur einige der wichtigsten Erfahrungen dieses Jahres anzuführen, der Rheinlandräumung wenigstens in etwas näher zu kommen, und mußten statt dessen eben in diesen Weihnachtstagen die Verhaftungen von deutschen Reichsbeamten in Mainz und in Koblenz erleben unter Beschuldigungen, die ebensogut aus der Luft wie aus irgendwelchen unkontrollierbaren Papieren oder Bekundungen gegriffen sein können, in deren Beschaffung die französischen Kriegsgerichtsanwälte eine ungemeine Geschicklichkeit zu entfalten gelernt haben. Statt vom besetzten Gebiet hat man monatelang von den Reparationen gesprochen und ist damit gerade noch so weit gekommen, daß vielleicht in vier, vielleicht auch erst in acht Wochen der Sachverständigenausschuß wird zusammentreten können, um, wenn nicht alles täuscht, alsbald auf unerbittliche Forderungen des französischen Ministerpräsidenten zu stoßen, dessen letzte Kundgebung nicht mit Unrecht im Rheinland als „der vergiftete Pfeil aus Paris" bezeichnet worden ist.

*

Genau so steht es im Osten des Reiches mit den nun schon seit drei Jahren von deutscher Seite immer wieder mit Geduld betriebenen Verhandlungen um den Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen. Auch ein Ei, um das gegackert und gegackert wird, und wenn man nachsehen will, ob es denn nicht endlich irgendwo zu entdecken sei, hat die Henne, die es legen soll, sich wieder unversehens aus dem Staube gemacht. Und der Anschluß? Die Aufnahme der kleinen Österreichischen Republik in das große deutsche Mutterland? Es braucht nur ein reichsdeutscher Mann von einigem Gewicht ein beiläufiges Wort darüber fallen zu lassen, sofort fährt ihm Herr Briand über den Mund, als wenn wir uns in Versailles sogar auch noch dazu verpflichtet hätten, keinerlei Reden in Deutschland vom Stapel zu lassen, die nicht vorher unseren liebenswürdigen Nachbarn im Westen zur gefälligen Zensur vorgelegen hätten.

*

Und wenn wir gehofft haben, in der Frage der Freigabe deutschen Eigentums allmählich auch mit England, nachdem die Vereinigten Staaten nun endlich den Anfang gemacht haben, ins reine zu kommen, so hat Herr Baldwin uns rasch noch vor Jahresschluß kund und zu wissen getan, daß wir uns nur keine Schwachheiten einreden sollten. Was einmal, wenn auch durch gesetz- und völkerrechtswidrige Beschlagnahme, englisch geworden ist, das bleibe englisch, für Zeit und Ewigkeit; so hat Albion es immer gehalten und so soll es auch im Zeitalter von Genf und Locarno fürderhin bleiben. Von Abrüstung, von Niederlegung der Zollmauern, Forderungen, zu denen wir nach Sinn und Inhalt der mit uns geschlossenen Verträge, der uns auferlegten Verpflichtungen ein unbezweifelbares Recht haben, gar nicht erst zu reden. Ströme von Tinte sind darüber vergossen worden und es ist nicht besser, es ist schlimmer geworden, als es gewesen ist. U[illegible] in diesem Trott soll es weitergehen, als käme es ga[illegible]ht darauf an, wieviel kostbare Zeit mit aussichtslosen Bemühungen vertrödelt wird?

*

Bleiben wir im Lande: bieten sich uns für das neue Jahr hoffnungsvollere Aussichten? Von der Großen Koalition ist es still geworden, obwohl man uns versichert, sie sei das einzige Fundament, auf dem sich in Deutschland ersprießliche und dauerhafte Politik treiben lasse; und man brauche sie nur ernstlich zu wollen, um sie zum Stehen zu bringen, wie das berühmte Ei des Kolumbus. Die Nöte unserer Ostmark, der unbestrittene Niedergang der Landwirtschaft — wie viele Kräfte sind in Bewegung gesetzt, wie viele Mittel aufgewendet worden — und doch wird gewiß niemand so kühn sein wollen zu behaupten, daß wir hier dem ersehnten Ziel der wirtschaftlichen und politischen Sicherung unserer Grenzgebiete, der Gesundung der Gesamtbasis für die Ernährung des deutschen Volkes erheblich näher gekommen wären.

Und gilt das gleiche nicht auch von anderen Lebensfragen, die nach einmütigem Urteil aller Verständigen gelöst werden müssen und die doch auf dem alten Fleck beharren? So die Vereinfachung der Verwaltung, die Durchsetzung einer sparsameren Wirtschaft so ziemlich in allen Gebieten des staatlichen Lebens, die Neuregelung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern und Gemeinden, von der Notwendigkeit einer Senkung unserer Steuerlasten gar nicht zu reden. Machen wir uns nichts vor, auch nicht im Zeichen des herannahenden Silvesterpunsches. Das alte Jahr ist dem neuen sehr, sehr viel schuldig geblieben! Dr. Sy.

Die Abrüstungs-Konferenz nach Genf eingeladen

Rüstungsbesprechungen April 1929.

Beschleunigte Vorarbeiten.

Der Ausschuß zur Vorbereitung einer ersten Internationalen Abrüstungskonferenz ist, wie das Völkerbundsekretariat amtlich bekanntgibt, von seinem Präsidenten Loudon-Holland auf Montag, den 15. April nächsten Jahres zu einer neuen Tagung einberufen worden. Die letzte Völkerbundversammlung hatte unter Hinweis auf ihre früheren Beschlüsse den beschleunigten Abschluß der Abrüstungsvorarbeiten verlangt, die vor bald zwei Jahren ins Stocken gerieten, und deshalb die baldige Einberufung einer neuen Tagung innerhalb der ersten drei Monate des kommenden Jahres gefordert, auch wenn bis dahin die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Seeabrüstung und die Einbeziehung der ausgebildeten Landreserven nicht beigelegt sein sollten.

Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sonderausschusses für Kontrolle der Rüstungsindustrie auf Montag, den 11. März einen Sachverständigenausschuß einberufen, der den neuen belgischen Vorschlag über Kriegsmaterialien prüfen soll. Sämtliche im Sonderausschuß vertretenen Staaten wurden aufgefordert, zu dieser Tagung Sachverständige zu entsenden.

Amerikanische Beteiligung.

Die amerikanische Regierung hat nach Berichten aus Washington dem Vorschlag auf Einberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission auf April nächsten Jahres zugestimmt. In einigen Kreisen hegt man die Erwartung, daß Präsident Hoover, der kurz vorher ins Weiße Haus einzieht, die Gelegenheit benutzen wird, um seinerseits eine neue Abrüstungsoffensive einzuleiten.

Vereinigte Staaten zur Reparationsfrage.

Nach halbamtlichen Stimmen aus Newyork ist die in Aussicht genommene Beteiligung Amerikas an der Klärung des Reparationsproblems auf der kommenden Sachverständigenkonferenz wünschenswert. Der Erfolg des Dawes-Plans eröffne die Aussicht, daß auch diesmal wieder die Vereinigten Staaten in mittelbarer Weise ausgleichenden und vielleicht kontrollierenden Einfluß ausüben könnten, um Meinungsverschiedenheiten über die Reparationen auf eine Frage des guten Glaubens und gesunden Menschenverstandes zurückzuführen. Eine ge-

reaste Lösung wurde allen Beteiligten heißen und dürfte weit leichter sein als im Jahre 1924.

Im Staatsdepartement zu Washington behauptet man, keine Kenntnis davon zu haben, daß irgendwelche Anfragen an Owen D. Young oder an andere Persönlichkeiten ergangen seien, um festzustellen, ob sie geneigt wären, an der Sachverständigenkonferenz teilzunehmen.

Eine Newyorker Meldung aus Washington sagt dagegen, die Ernennung Owen D. Youngs sowie des Chikagoer Bankiers Rufus C. Dawes, eines Bruders des Vizepräsidenten, sei so gut wie sicher.

Ernennung der alliierten Sachverständigen am 5. Januar durch die Repko.

Paris, 28. Dezember. Aus dem gemeinsam von Deutschland und den fünf an der Regierung der Reparationsfrage interessierten Mächten am 22. Dezember veröffentlichten Kommunique geht hervor, daß es den fünf Mächten freistehe, ihre Delegierten für das Sachverständigenkomitee selbst zu ernennen, oder durch die Reparationskommission ernennen zu lassen.

Wie nun der Temps anscheinend halbamtlich mitteilt, seien die fünf Gläubigermächte übereingekommen, ihre Sachverständigen und zwar zwei für jeden Staat von der Reparationskommission ernennen zu lassen. Die Reparationskommission werde wahrscheinlich am 5. Januar zusammentreten, um diese Ernennung vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist eine Auslegung des Intransigeant nicht uninteressant, der auf das im Anschluß an das gemeinsame Kommunique der sechs Mächte veröffentlichte Kommunique Poincares hinweist, in dem der Ministerpräsident erklärte, Frankreich werde nur eine Kombination übernehmen, die ihm ermögliche, seine eigenen Schulden zu zahlen und eine „gerechte Entschädigung für die Reparationen" zu erhalten. Das Blatt meint, man habe besonders in Deutschland nicht genügend bemerkt, daß Poincare durch die Formulierung eine „gerechte Entschädigung" den Weg zu einer möglichen Verhandlung über diese Frage öffnete. Solange die auswärtigen Schulden Frankreich bleiben was sie sind, müsse Deutschland ihren Gegenwert an Frankreich zahlen. Ueber den restlichen Anteil aber sei Frankreich zu Verhandlungen bereit. Es bleibe die Wiedergutmachung an Vermögen, die Frankreich berechtigterweise von den Besiegten in ihrem ganzen Umfange verlangen könne. Der Chef der französischen Regierung nehme aber an, einen etwaigen Vergleich über diesen Gesamtbetrag zu studieren.

Wechsel in der Berliner französischen Botschaft.

Neuer Botschafter Hermite?

In Paris beschäftigt man sich lebhaft mit dem ernsthaften Gerücht, daß der französische Botschafter in Berlin, de Margerie, demnächst aus persönlichen Gründen von seinem Posten zurücktreten werde. Als aussichtsreichsten Kandidaten für seine Nachfolge nennt man den jetzigen Gesandten in Kopenhagen und früheren Kabinettschef Poincarés, Hermite, der bereits von Briand zu einer längeren Audienz empfangen wurde.

de Margerie.

Wer engagiert Coolidge?

Der Präsident hat gute Aussichten.

In knapp drei Monaten wird Präsident Coolidge das Weiße Haus in Washington für immer verlassen und sich ins Privatleben zurückziehen. Da er jedoch nicht Vermögen genug besitzt, um von seinen Renten zu leben, wird er sich wahrscheinlich nach einem neuen Beruf umsehen müssen, und die Amerikaner fragen sich besorgt, was aus ihm werden wird. Das ganze Land sozusagen sieht sich nach einer guten Stellung für ihn um. Es scheint aber, als ob diese Sorge reichlich überflüssig wäre, denn Coolidge wird bestimmt irgendwo unterkommen und nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Coolidge selbst wenigstens scheint sich um seine Zukunft nicht die geringste Sorge zu machen. Er kann, wenn er will, sofort Vorsitzender des Aufsichtsrates des amerikanischen Stahltrusts werden oder Leiter der Amherst-Universität, auf der er einst als nicht allzu flotter Bruder Studio sich mit juristischem Wissen vollgestopft hat, oder endlich ein Rechtsanwalt, wie er es vor seiner Präsidentschaft gewesen ist. Daß er als Rechtsanwalt, obwohl er ein eminenter Schweiger ist — „den schweigsamen Calvin" nennen ihn die Yankees —, eine fabelhafte Praxis haben würde, gilt als sicher. Außerdem aber bietet ihm schon jetzt sein früherer Sozius, der Rechtsanwalt Ralph W. Hemingway in Northampton, den Wiedereintritt in die alte Firma „Coolidge und Hemingway" an, und man wird sich gar nicht wundern, wenn man eines Tages den schweigsamen Calvin wieder im Northamptoner Bureau sitzen und der Stenotypistin raffinierte Schriftsätze diktieren sehen wird.

Heftige Kämpfe bei Kabul.

Unsichere Lage.

Die von der afghanischen Regierung versandten Berichte sind anscheinend noch mit großer Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls bleibt die Lage noch unsicher. Die Aufständischen sollen den Fluß Salang, der die elektrischen Anlagen der Stadt Kabul treibt, umgeleitet haben, was in der Stadt große Schwierigkeiten verursacht. Heftige

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF